

Flexicurity: Ungelöster Zielkonflikt	2
Arbeitszeit: Puffer im Abschwung	3
Verteilung: Vermögen – Nur jeder Dritte hat Reserven	4
Weltwirtschaft: Sieben Gründe für die Krise	6
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Stolperfalle Schuldenbremse

Das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung

ist zwar groß genug, um der Wirtschaft

nennenswerte Impulse zu geben. Ob es reicht?

Das ist mehr als fraglich. Und wenn die Politik

zu früh wieder anfängt zu sparen, wirkt

das kontraproduktiv, so das IMK.*

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Wirtschaftskrise ernster als bislang gedacht. Von Oktober bis Dezember 2008 brach die deutsche Wirtschaft um rund zwei Prozent ein. Ohne ein zweites Konjunkturpaket drohte die Wirtschaft in diesem Jahr um rund drei Prozent abzustürzen, warnt das IMK. Deutschland fielet in die tiefste Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Umso dringender müsste die Bundesregierung gegensteuern. Auf 65,3 Milliarden Euro beziffert Haushaltsexperte Achim Truger die geplanten Mehrausgaben und Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte aufgrund der beiden Konjunkturpakete für die Jahre 2009 und 2010.

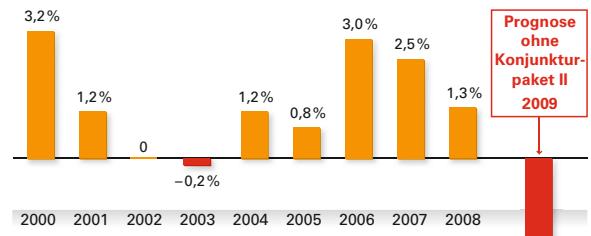
Viel Geld – zu viel? Nein, sagen die Ökonomen des IMK. Die Pläne der Regierung blieben eher an der Untergrenze des Erforderlichen. „Von der Dimension her nähert man sich den Notwendigkeiten an, aber das Geld wird bei weitem nicht optimal genutzt“, so Gustav Horn, Wissenschaftlicher Direktor des IMK. Das Programm würde besser wirken, wenn es sich auf wenige wirksame Schwerpunkte konzentrierte wie Investitionen in Infrastruktur und den Kindergeldbonus. Die geplanten Steuer- und Abgabensenkungen hingegen brächten kaum einen konjunkturellen Effekt. Zudem setzten die Maßnahmen viel zu spät ein.

Um die Wirkung des Programms nicht noch weiter zu reduzieren, dürfe der Staat auf keinen Fall an anderer Stelle sparen, warnen die Forscher: „Ein Abschwung ist nicht die Zeit für Sparmaßnahmen egal welcher Art.“ Ein Großteil solcher Sparversuche würde sich ohnehin negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken – und damit wegen schwächerer Steuereinnahmen und höherer Kosten für Arbeitslosigkeit fast wirkungslos verpuffen.

Besonders kritisch sehen die Experten die Schuldenbremse, deren Einführung die Bundesregierung zeitgleich mit der Auflage des zweiten Konjunkturprogramms beschlossen hat. Mit diesem Instrument könne die Politik nicht mehr stark genug auf konjunkturelle Schwankungen reagieren, so Horn. „Sie zwingt sich im schlimmsten Fall selber, die Krise zu ver-

Sicherung gegen schwere Zeiten

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland



Regierungsprogramm gegen die Krise

	in Milliarden Euro		2009	2010
Kosten Konjunkturpaket I				
■ Erhöhung und Unterstützung von Investitionen	1,3		1,4	
■ steuerliche Entlastungen für private Haushalte	0,4		1,0	
■ steuerliche Entlastungen für Unternehmen	2,2		4,7	
■ Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit	0,3		0,5	
Summe Konjunkturpaket I	4,2		7,6	
Pendlerpauschale			5,5	1,5
Kosten Konjunkturpaket II bis 2010*				
■ Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand	9,0		8,3	
■ Innovationsförderung des Bundes	0,5		0,5	
■ Stärkung der Pkw-Nachfrage – „Abwrackprämie“	0,8		0,8	
■ Forschungsförderung im Bereich Mobilität	0,3		0,3	
■ Beschäftigungssicherung	2,5		3,5	
■ Senkung der Einkommensteuer	2,9		6,1	
■ Senkung der Krankenversicherungsbeiträge	3,0		6,0	
■ Familien- oder kinderbezogene Leistungen	2,0		0,4	
Summe Konjunkturpaket II	20,8		25,7	
Kosten für öffentliche Haushalte bis 2010			65,3 Mrd. €	

*enthält nur die bereits kalkulierbaren Komponenten des Pakets

Quellen: Destatis; Bundesregierung, Schätzung IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

schärfen.“ Der Ökonom hält es für besser, wenn sich der Staat einen am Trend des Wirtschaftswachstums orientierten Ausgabenpfad auferlegt. So ließen sich in konjunkturell besseren Zeiten problemlos Defizite abbauen. ▶

* Quelle: Gustav Horn, Peter Hohlfeld, Achim Truger, Rudolf Zwiener: IMK Policy Brief, erscheint Ende Januar 2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Ungelöster Zielkonflikt

Noch ist es keinem europäischen Land gelungen, flexible Arbeitsmärkte mit einem hohen Maß an sozialer Sicherheit zu verbinden. In der Praxis geht Flexibilität stets mit prekären Arbeitsbedingungen einher.

Mehr Flexibilität und gleichzeitig mehr soziale Sicherheit – die EU-Staaten sollten in der Arbeitsmarktpolitik beides anstreben, empfiehlt die EU-Kommission. Denn Marktfreiheit stärkt die Absicherung der Beschäftigten, flexibility und security ergänzen einander. Doch das Flexicurity-Konzept der EU ist noch nicht tragfähig, bemängeln die WSI-Forscher Hartmut Seifert und Andranik Tangian.* „Die bisherigen Flexicurity-Überlegungen leiden nicht nur an konzeptionellen Schwächen, sie sind auch empirisch und theoretisch unzureichend fundiert.“ Seifert und Tangian haben darum den empirischen Zusammenhang von Flexibilität und sozialer Si-

beitszeit. Durch verringerte Arbeitszeiten und veränderte betriebliche Organisation können Entlassungen vermieden werden. Der Hauptgrund für prekäre Lebenslagen der Erwerbstätigen waren in den vergangenen Jahren aber Niedriglöhne, so die WSI-Analyse. Vor allem Geringverdiener in den mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten leiden unter mangelnder finanzieller Absicherung. Deutschland schneidet im EU-Vergleich der sozialen Sicherheit recht gut ab und liegt beim Länderranking im Drittelfeld mit den besten Werten. Beim Flexibilitäts-Index des WSI rangiert die Bundesrepublik im Mittelfeld.

Welche Sicherheit?

Das Flexicurity-Konzept der EU-Kommission hat zum Ziel, Beschäftigungsfähigkeit zu schützen, nicht einzelne Arbeitsplätze. Nur so könne Beschäftigung auch im Strukturwandel erhalten bleiben. Das WSI nennt Mindestkriterien, damit auch bei einer solchen Arbeitsmarktpolitik von sozialer Sicherheit gesprochen werden kann:

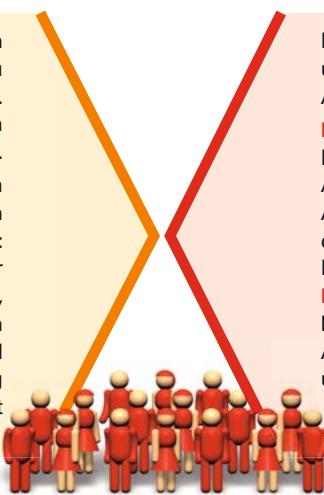
- Die Einkommen sollten über der Niedriglohnschwelle liegen,
- die Übergänge zu neuen Stellen möglichst nahtlos erfolgen und
- es sollte die Chance auf Weiterbildung bestehen, damit die Beschäftigungsfähigkeit mit dem Strukturwandel Schritt hält.

Quelle: Seifert, Tangian 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Welche Flexibilität?

Die Forscher des WSI haben die interne und externe Flexibilität der europäischen Arbeitsmärkte gemessen.

- Zur ersten Gruppe zählen alle betriebsinternen Anpassungen an Auftragsschwankungen – bei fixer Zahl der Arbeitsplätze. Dazu gehören Veränderungen der Arbeitszeit, des Einkommens, der betrieblichen Organisation.
- Externe Flexibilität meint dagegen das Einstellen und Entlassen von Beschäftigten. Auch der Einsatz von befristeten Stellen und Zeitarbeitern fällt darunter.



cherheit in der EU überprüft. Nach einer Berechnung auf Basis von Eurofound-Daten aus 31 Ländern stellen sie fest: „In keinem der EU-Mitgliedsländer ist bislang ein hoher Grad der Arbeitsflexibilität mit einem hohen Grad an sozialer Sicherheit verwirklicht.“

Flexible Beschäftigungsformen, prekäre Arbeitsbedingungen. Seifert und Tangian haben für alle EU-Mitgliedsstaaten Indikatoren für Flexibilität und Unsicherheit gebildet und den statistischen Zusammenhang ermittelt. Dabei wird deutlich: „Alle EU-Mitgliedsländer bewegen sich noch weit vom Idealzustand entfernt, wie ihn die EU-Kommission mit ihren Flexicurity-Überlegungen anstrebt.“ Halbwegs gut meistere gegenwärtig allein Finnland den Zielkonflikt, erklären die Forscher.

Fast überall gehen flexible Beschäftigungsformen mit prekären Arbeitsbedingungen einher. Von Flexicurity könne darum noch keine Rede sein, sagen Seifert und Tangian – in der Praxis zeigt sich eine spürbare Schieflage. Die verschiedenen Formen der Flexibilität sorgen in unterschiedlichem Maße für Unsicherheit: Ständiges Heuern und Feuern schadet der Sicherheit der Arbeitnehmer mehr als Anpassungen der Ar-

Ein Weg zur Flexicurity: Ausgleichszahlungen für geleistete Anpassung. Befristet Beschäftigte und Leiharbeiter verdienen in der Bundesrepublik weniger als andere Erwerbstätige. Dabei müssten sie als Ausgleich für erbrachte Flexibilität eigentlich mehr bekommen, so die Arbeitsmarktexperten des WSI. Denn Beschäftigte mit Zeitverträgen und Leiharbeiter tragen ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Auf anderen Märkten werden Risiken besonders vergütet: Wer risikante Anlagen tätigt, bekommt einen höheren Zins. Laut Seifert und Tangian würden Ausgleichszahlungen für flexibel Beschäftigte der Flexicurity-Grundidee entsprechen. Es sei zudem sinnvoll, atypisch Beschäftigten den gleichen Zugang zu beruflicher Weiterbildung und sozialen Sicherungssystemen zu schaffen. Auch arbeitsmarktpolitische Hilfen bei Jobwechseln sowie eine ausreichende Grundsicherung im Alter können dazu beitragen, dass mehr Flexibilität nicht zwangsläufig mehr Prekarität bedeutet. ▶

* Quelle: Hartmut Seifert, Andranik Tangian: Flexicurity – gibt es ein Gleichgewicht zwischen Arbeitsmarktflexibilität und sozialer Sicherheit?, in: WSI-Mitteilungen 11+12/2008

Download unter www.boecklerimpuls.de

Puffer im Abschwung

In den vergangenen Jahren arbeiteten Vollzeitkräfte so lange wie seit fast 20 Jahren nicht mehr.

In der Krise hat dies auch einen Vorteil: Unternehmen müssen nicht gleich Leute entlassen, sondern können zuerst die Arbeitszeiten reduzieren.

Vollzeit-Beschäftigte in Deutschland arbeiteten 2006 im Schnitt 40,4 Stunden pro Woche – das sind die längsten Arbeitszeiten seit der Deutschen Einheit. Zu diesem Ergebnis kommt der Arbeitzeitmonitor 2001

bis 2006, für den Wissenschaftler des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen Daten des Mikrozensus ausgewertet haben. Besonders stark wuchs das Arbeitspensum in den vergangenen Jahren „in der vom Exportboom getriebenen Metallindustrie“, fanden Steffen Lehndorff, Andreas Jansen und Angelika Kümmerling heraus. Die Metaller waren 2006 durchschnittlich eine Stunde pro Woche länger am Arbeitsplatz als 2003.

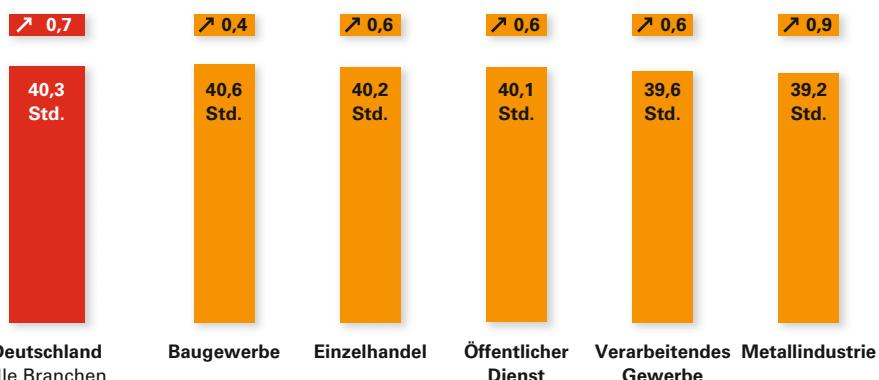
Doch es zeigt sich: Nicht allein die weltweite Hochkonjunktur hat den Arbeitsumfang anschwellen lassen. Auch im öffentlichen Dienst mussten die Beschäftigten 2006 deutlich mehr Arbeit leisten als zuvor. Nachdem Steuern gesenkt wurden, sparte der Staat Personal ein, analysieren die Forscher. Die Arbeitslast verteilte sich auf weniger Schultern.

Längere Arbeitszeiten, weniger Jobs. Die Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung legt dar, wie sich im zurückliegenden Konjunkturzyklus die Wochenarbeitszeiten ausweiteten. Schon während der Rezession drängten Arbeitgeber der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand auf längere Arbeitszeiten. Tatsächlich reduzierte sich im Abschwung von 2000

bis 2003 das durchschnittliche Pensum leicht auf 39,6 Stunden. Aber im anschließenden Aufschwung von 2004 bis 2006 stieg die Stundenzahl auf 40,3 Stunden.

40 Stunden in der Woche: Der alte neue Standard

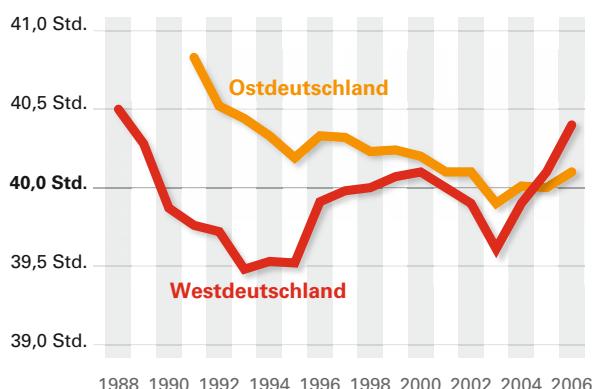
Effektive Wochenarbeitszeiten von Vollzeitkräften 2006 und ihre Veränderung seit 2003



Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Im Westen: Zurück in die Achtziger

Die tatsächlichen Wochenarbeitszeiten von abhängig in Vollzeit Beschäftigten betragen im Durchschnitt in ...



Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Längere Arbeitszeiten wirken sich auf den Beschäftigtenstand aus, so die Arbeitsmarktexperten des IAQ. Neue Arbeitsplätze entstanden erst spät im Aufschwung – die Unternehmen konnten aufgrund der langen Arbeitszeiten die zusätzliche Nachfrage noch eine Weile ohne neue Beschäftigte bewältigen. Die aktuelle Situation erfordert eine Korrektur, erklären die Forscher: Die Betriebe haben große Spielräume, die Krise über eine Reduzierung der Wochenstunden abzufedern. Diesmal könnten, anders als in früheren Rezessionen, Entlassungen vermieden werden. Dann würde im folgenden Wirtschaftsaufschwung der Trend zu beschäftigungs mindernden Arbeitszeitverlängerungen gestoppt.

Nur wenige Europäer arbeiten länger. Die Arbeitszeit-Trends in Deutschland gehen vom Westen aus, so die Wissenschaftler. In Westdeutschland reagiere die Stundenzahl auf die Konjunktur, im Osten habe sich dagegen über die Branchen hinweg ein informeller 40-Stunden-Standard herausgebildet – in guten wie schlechten Zeiten. Mit den Arbeitszeiten ist die Bundesrepublik inzwischen in der Mitte der EU angelangt. Die gewöhnlichen Wochenarbeitszeiten entsprechen dem EU-27-Schnitt. Die Wissenschaftler des IAQ stellen klar: Die verbreitete Vorstellung, „Deutschland gehöre zu den Ländern mit den kürzesten Arbeitszeiten, muss gründlich revidiert werden.“ Länger als Vollzeitkräfte in der Bundesrepublik arbeiten in der alten EU nur jene in Großbritannien, Griechenland und Spanien. ▶

* Quelle: Steffen Lehndorff, Andreas Jansen und Angelika Kümmerling: Arbeitszeiten wieder so lang wie vor 20 Jahren, IAQ-Report 1/2009
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Vermögen:

Nur jeder Dritte hat Reserven

Der Wohlstand in Deutschland konzentriert sich zunehmend am oberen Ende der Skala:

Das reichste Zehntel der erwachsenen Bevölkerung besitzt inzwischen mehr als 60 Prozent des gesamten Privatvermögens. Dagegen haben zwei Drittel fast gar nichts.

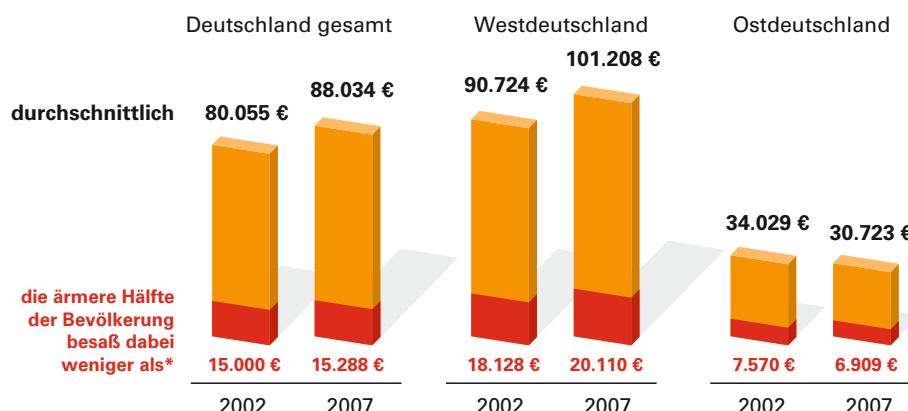
Auf gut 6,6 Billionen Euro summierte sich das private Vermögen in Deutschland im Jahr 2007. Netto, also nach Abzug aller Schulden. Damit besaß jeder Einwohner über 17 Jahren im Durchschnitt rund 88.000 Euro als Nettovermögen. Das waren knapp 8.000 Euro oder rund zehn Prozent mehr als 2002, haben Joachim R. Frick und Markus M. Grabka in einer neuen, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie ermittelt. Die beiden Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) haben dazu die neuesten verfügbaren Vermögensdaten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) ausgewertet.

Über die reale Verteilung des Wohlstandes sagen die Durchschnittswerte jedoch wenig aus. Das zeigt schon der Blick auf den Median, der die reichere Hälfte der Bevölkerung von der ärmeren trennt. Mit lediglich 15.288 Euro lag der Median nach Berechnung der Verteilungsforscher weitaus niedriger als der Durchschnitt. Und gegenüber 2002 stieg er um nicht einmal 300 Euro. Das zeigt: Die Vermögen konzentri-

und wo nicht: So baute das wohlhabendste Zehntel der erwachsenen Bevölkerung seinen Anteil am privaten Gesamt-

Vermögensverluste in Ostdeutschland

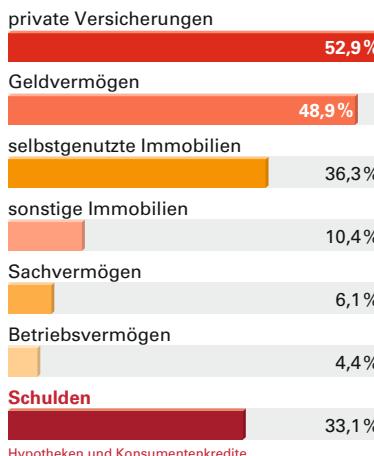
Das individuelle Nettovermögen betrug in ...



*mittlerer Wert (Median) der Vermögensverteilung; Quelle: Sozio-ökonomisches Panel 2002, 2007; DIW 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Versicherungen geschätzt

So viele Deutsche besaßen 2007 ...



Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren
Quelle: SOEP 2007, DIW 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

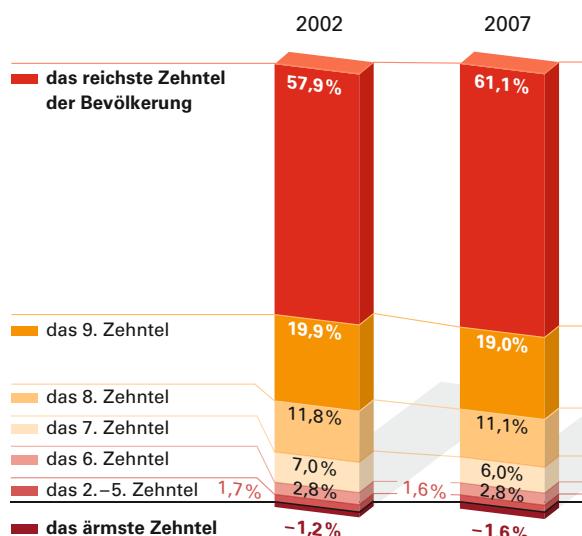
vermögen auf 61,1 Prozent aus. Jeder Erwachsene in dieser Gruppe verfügt damit über mehr als 222.000 Euro. Knapp 23 Prozent des Nettovermögens konzentrieren sich allein auf das reichste Hundertstel, wo jeder Einzelperson mehr als 817.000 Euro gehören. Zum Vergleich: Die weniger wohlhabenden 70 Prozent der Erwachsenen besaßen 2007 nur knapp neun Prozent des Gesamtvermögens – weniger als 2002. Rund zwei Drittel haben netto kein oder nur ein geringes Geld- oder Sachvermögen. 27 Prozent aller Erwachsenen besitzen netto gar nichts, oder sie haben unter dem Strich sogar Schulden. Diese Anteile haben sich trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in den letzten Jahren gegenüber 2002 kaum verändert.

Neue Erbschaftsteuer verstärkt Ungleichheit. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass sich die Schere bei der Vermögensverteilung künftig weiter öffnen wird – auch in der Finanzkrise. Zwar hätten zahlreiche Geldanlagen, etwa Aktien, an Wert verloren. Finanzstarke Anleger seien aber oft nicht gezwungen, in der gegenwärtigen Baisse zu verkaufen und damit Verluste wirklich zu realisieren, argumentieren die Forscher. Dagegen treffe Arbeitslosigkeit häufiger Menschen mit geringerem Vermögen, die dieses im Verlaufe der Arbeitslosigkeit dann aufzehrten.

Gleichzeitig werden die Abgeltungssteuer und die Reform der Erbschaftsteuer Vermögende begünstigen und „die ökonomische Ungleichheit in Deutschland weiter verstärken“, so die Forscher. Sie halten es für geboten, insbesondere die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer neu zu überdenken, „um das Prinzip der Chancengleichheit in Deutschland zu stärken.“

Zuwachs beim obersten Zehntel

Vom individuellen Nettovermögen entfielen auf...



Quelle: Sozio-ökonomisches Panel 2002, 2007; DIW 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Größte Vermögen bei Selbstständigen. Analysiert man die Vermögensentwicklung nach Berufsgruppen, dann haben Selbstständige und Unternehmer das höchste durchschnittliche Nettovermögen. Es reichte 2007, je nach Zahl der Mitarbeiter, von rund 177.000 bis zu 1,1 Millionen Euro. Das zweitgrößte durchschnittliche Nettovermögen haben Beamte des gehobenen oder höheren Dienstes, gefolgt von Angestellten in Führungspositionen. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die DIW-Analyse das Sozialversicherungsvermögen, also Ansprüche an die Rentenversicherung oder an die betriebliche Altersvorsorge mangels aussagekräftiger Daten nicht berücksichtigen kann. Würde man sie hinzurechnen, fiele der Vermögensvorsprung der Selbstständigen kleiner aus.

Am anderen Ende der Vermögensskala liegen un- oder angetriebene Arbeiter und Angestellte sowie Arbeitslose und Nichterwerbstätige. In diesen Gruppen ist auch der Anteil der Menschen ohne Vermögen oder mit mehr Schulden als Besitz mit Abstand am höchsten. Unter den Arbeitslosen wuchs ihr Anteil im Vergleich zu 2002 deutlich an: von 41 Prozent auf 49 Prozent. Rentner und Pensionäre besaßen 2007 netto im Schnitt gut 113.000 Euro.

Selbstständige und Unternehmer verzeichneten von 2002 bis 2007 auch den höchsten Vermögensanstieg. Qualifizierte und leitende Angestellte sowie höhere Beamte erreichten kleine Zuwächse. Bei geringer qualifizierten Arbeitern, Angestellten und Beamten schrumpfte das Durchschnittsvermögen da-

gegen leicht. Deutliche Einbußen erlitten Nichterwerbstätige und Arbeitslose – in dieser Gruppe sank das durchschnittliche Nettovermögen um 13 Prozent.

Das gleiche Muster ergibt sich, wenn man Vermögen und Einkommen in Beziehung setzt: Das durchschnittliche Nettovermögen der 30 Prozent mit den geringsten Einkommen ging zwischen 2002 und 2007 zurück. Im mittleren Einkommenssegment stagnierten die Vermögen. Dagegen wuchsen sie ab dem achten Einkommenszehntel. Wer in der Einkommenshierarchie zu den obersten zehn Prozent zählte, besaß 2007 durchschnittlich 60.000 Euro mehr als 2002.

Verluste in Ostdeutschland. Auch im Ost-West-Vergleich ging die Entwicklung auseinander. Während in Westdeutschland die Nettovermögen zwischen 2002 und 2007 um durchschnittlich rund 10.000 Euro stiegen, sank der Mittelwert im Osten: von rund 34.000 auf weniger als 31.000 Euro.

Dieser Rückgang hat nach Analyse der DIW-Forscher zwei Ursachen: Einerseits verlieren Immobilien in vielen ostdeutschen Regionen deutlich an Wert. Andererseits habe die hohe Arbeitslosigkeit dazu beigetragen, dass in den Altersgruppen zwischen 35 und 65 Jahren die durchschnittlichen Vermögen um mehr als zehn Prozent gesunken sind. Frick und Grabka vermuten, dass die Einführung des Arbeitslosengeldes II ein Grund für diesen deutlichen Rückgang ist. Die Regelungen des ALG II dürften „zu einem stärkeren Entsparen im Falle von Arbeitslosigkeit beigetragen haben, da eigenes Vermögen zunächst weitgehend aufgezehrt werden muss, bevor diese staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden kann“, schreiben die Forscher. Dieser Schwund sei „auch sozialpolitisch besorgniserregend“, warnt das DIW: Arbeitslosigkeit und niedrigere Einkommen dürften etlichen Menschen mittleren Alters künftig vergleichsweise geringe Renten bescheren – ohne Vermögenspolster drohe ihnen Altersarmut. ▶

* Quelle: Joachim R. Frick und Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW-Wochenbericht 4/2009, Projekt gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Vermögenssituation nach beruflicher Stellung

Das Nettovermögen betrug durchschnittlich bei* ...	2002	2007	ohne Vermögen/verschuldet	
	2002	2007	2002	2007
Selbstständigen				
ohne Mitarbeiter	134.701€	177.194€	21,4%	17,9%
mit 1 bis 9 Mitarbeitern	292.969€	345.614€	8,5%	11,0%
mit 10 oder mehr Mitarbeitern	1.087.895€	1.111.103€	8,5%	14,2%
Beamten im einfachen oder mittleren Dienst	66.235€	63.118€	19,9%	11,6%
im gehobenen oder höheren Dienst	138.300€	140.334€	7,3%	7,5%
Arbeitern/Angestellten				
mit einfacher Tätigkeit	43.788€	45.891€	27,4%	29,7%
mit qualifizierter Tätigkeit	68.212€	71.535€	17,2%	17,0%
mit umfassenden Führungsaufgaben	115.916€	118.856€	9,8%	8,7%
Auszubildenden, Praktikanten	4.837€	10.876€	60,9%	46,7%
Beschäftigten ohne Berufsabschluss	35.915€	34.418€	39,4%	39,0%
Nicht-Erwerbstätigen und Arbeitslosen	58.488€	51.113€	41,3%	49,0%
Rentnern oder Pensionären	96.513€	113.594€	22,7%	20,4%

*Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren, ohne Sozialversicherungsvermögen (Rentenansprüche) und betriebliche Altersvorsorge (u.a. Pensionen); Quelle: Sozio-ökonomisches Panel 2002, 2007; DIW 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Sieben Gründe für die Krise

Der drohende Konjunkturabsturz kommt nicht von ungefähr. Die ökonomischen und politischen Fehlentwicklungen reichen Jahre, zum Teil Jahrzehnte, zurück.

Die Welt steckt in der Wirtschaftskrise. Andrew Watt, Wissenschaftler am Europäischen Gewerkschaftsinstitut, analysiert, wie es dazu kam.* Obwohl die Ursachen der Krise hochkomplex sind, ist der Wirtschaftsexperte zumindest für Europa verhalten optimistisch: Wenn die Regierungen entschlossen handelten, könnte Europa im Vergleich zu den USA relativ glimpflich davonkommen. Allerdings hat er Zweifel, ob die nötigen Maßnahmen auch ergriffen werden.

Watt zufolge haben sieben fundamentale Trends dem plötzlichen Einbruch der europäischen Konjunktur den Boden bereitet:

Ungleichgewichte im Welthandel. Die USA, aber auch Spanien und Großbritannien, haben lange Zeit erheblich mehr importiert als exportiert. So konsumierten die Amerikaner fünf bis sechs Prozent mehr, als sie selbst produzierten. Funktioniert hat das nur, weil die Länder mit den Exportüberschüssen – China, Deutschland, Japan – das Geld wieder in den Ländern mit Handelsbilanzdefiziten angelegt und damit die Defizite finanziert haben. Allerdings gaben sich die Anleger aus den Überschussländern bald nicht mehr mit den bescheidenen Renditen sicherer Papiere wie amerikanischen Staatsanleihen zufrieden, so Watt. Sie kauften zunehmend risikoreichere Anlagen, die die „Finanz-Alchemisten der Wall Street“ konstruiert hatten.

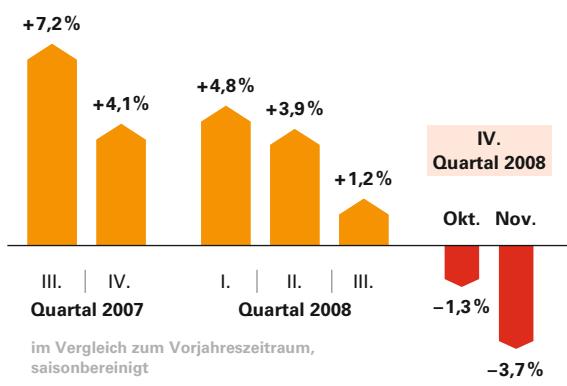
Unkontrollierte Globalisierung. Während die internationalen Verflechtungen von Produktion, Investition und das Netz der weltweiten Finanzverbindungen dichter geworden sind, wuchsen die wirtschaftspolitischen Kontrollinstanzen nach Watts Analyse nicht mit. Die globalen Institutionen spiegelten noch immer die „geopolitischen Realitäten der Nachkriegszeit“ wider. So gebe es keine Einrichtungen, die den Wettbewerb der Staaten um die niedrigsten Steuern, die geringsten Vorschriften für Unternehmen und die am wenigsten kontrollierten Finanzmärkte begrenzen können. Das Fehlen „effektiver Global Governance“ sei auch ein Grund für das Anschwellen der Handelsungleichgewichte.

Rückzug der Staaten aus der Wirtschaft. In den entwickelten kapitalistischen Ländern hat laut Watt in den frühen 80er-Jahren ein „anhaltender und weit reichender“ Prozess der Entstaatlichung eingesetzt. Staaten hätten öffentliche Unternehmen, „nicht zuletzt Finanzinstitute“, verkauft, Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsinstitutionen geschwächt, kommerzialisiert oder privatisiert. Viele Gesetze seien zugunsten der Unternehmen geändert worden. Watt betont: Mit den mangelhaften Regeln für die Finanzmärkte sei es keineswegs so, dass die staatlichen Aufsichtsbehörden nur den Anschluss an die Entwicklung der Finanzmärkte verpasst hätten. Im Gegenteil, hier habe die Politik „aktiv dereguliert“. Ein Beispiel ist die Aufhebung des Glass Steagall Act in den USA im Jahr 1999. Das Gesetz war nach der Weltwirtschaftskrise 1929 erlassen worden und verbot normalen Geschäftsbanken riskante Spekulationen.

Umverteilung der Einkommen. Mit dem Trend zur Deregulierung ging eine Verschiebung in der Einkommensstruktur der meisten Industrieländer einher: Der Anteil der Löhne am Sozialprodukt sank, der Anteil der Gewinne stieg. Der Abstand zwischen Arm und Reich nahm zu. Das Geld der Reichen floss zu einem erheblichen Teil in die Finanzspekulation. Gleichzeitig verschuldeten sich die Armen immer

US-Konsumenten beginnen zu sparen

Seit Sommer 2007 änderte sich das Volumen der Verbraucherkredite in den USA um...



Quelle: US-Notenbank 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

mehr, um bei stagnierenden Realeinkommen und sinkenden öffentlichen Ausgaben für Gesundheit oder Bildung ihren Lebensstandard zu halten.

Aufstieg der Finanzindustrie. Noch nicht hinreichend erforscht sei, was Wissenschaftler als „Finanzialisierung“ bezeichnen, stellt Watt fest. Unter diesen Begriff fallen das überproportionale Anwachsen des Finanzsektors im Verhältnis zu anderen Branchen und die Vervielfachung der Börsenumsätze – sie übertreffen das Volumen des weltweiten Warenhandels inzwischen erheblich. Hinzu kommen die vom Shareholder-Value-Prinzip geleitete Unternehmensführung und der Machtzuwachs der Finanzvorstände. Dass Unternehmen trotz steigender Gewinne nicht mehr Geld in neue Produktionsanlagen als in früheren Zeiten investieren, steht nach Watt im Zusammenhang mit der „Finanzialisierung“. Manager richteten ihre Entscheidungen zunehmend an kurzfristigen Erfolgen aus. Diese Kurzfristorientierung könnte ein Grund dafür sein, dass Unternehmen ihre Gewinne lieber in Wertpapieren oder bereits existierenden Immobilien anlegen als neue Fabriken zu bauen.

Neue Finanzprodukte. Das Spektrum der Anlagemöglichkeiten ist in der jüngsten Vergangenheit wesentlich breiter geworden. Neu dazu kam unter anderem der Handel mit Krediten und Hypotheken, also die Möglichkeit der Banken, ihre Ausfallrisiken weiterzuverkaufen. Der Wettbewerb global tätiger und kaum regulierter Finanzinstitute um die wachsenden Anlagesummen von Pensionsfonds und anderen Investoren führte zu immer komplizierteren Finanzproduk-

ten, so der Wissenschaftler. Die Risiken der erworbenen Papiere realistisch einzuschätzen wurde immer schwieriger. Der Weg der gehandelten Kredite ließ sich kaum mehr zurückverfolgen. Letztlich verließen sich viele Käufer nur noch auf die Einstufung der Rating-Agenturen. Diese werden aber nicht von den Käufern, sondern von den Emittenten neuer Finanzprodukte bezahlt. Die Folgen dieser Entwicklungen seien Spekulationsgeschäfte mit längerem Hebel, stärker verschuldete Haushalte, mehr Fremdfinanzierung in den Unternehmen und höher beliehene Häuser.

Konjunkturpolitische Fehler. Niedrige Realzinsen haben die Risikobereitschaft der Anleger erhöht. Allerdings ist Watt nicht der Auffassung, die Notenbankzinsen seien in den vergangenen Jahren zu niedrig gewesen – vor allem nicht in Europa. Denn das Leitzinsniveau müsse sich an der Entwicklung der Wirtschaft orientieren. Und diese habe sich nur „schmerhaft langsam“ von der Dotcom-Krise der Jahrtausendwende erholt. Allerdings war es ein Fehler, sich konjunkturpolitisch nur auf den Leitzinssatz zu konzentrieren, so Watt. Andere Möglichkeiten seien vernachlässigt worden: Mindestreservepolitik, Regulierung des Finanzsektors und Staatsausgabenpolitik gegen Nachfragedefizite.

Vor dem Hintergrund dieser längerfristigen Trends wurde der Abschwung in Europa dann von einer Reihe sich gegenseitig verstärkender und eher „traditioneller“ negativer Schocks ausgelöst: Der Ölpreis stieg vom Sommer 2007 bis zum Sommer 2008 auf mehr als das Doppelte. Andere Rohstoffpreise kletterten ebenfalls deutlich. In Europa brachte die starke Euro-Aufwertung um zeitweilig ein Drittel die Exportindustrie unter Druck, weil sich ihre Produkte auf dem Weltmarkt verteuerten. Die Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank bis Mitte 2007 bremsten die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Die US-Finanzkrise, ihrerseits ausgelöst durch das Platzen der Immobilienblase, „zündete dann den Flächenbrand“, so Watt. Auf vier Wegen hat sie die europäische Wirtschaft angesteckt:

- Die Amerikaner kürzen ihre Konsumausgaben. Das bekommen die europäischen Exporteure zu spüren.
- Europäische Banken müssen ihre Verluste durch „vergifte“ US-Wertpapiere bewältigen und schränken die Kreditvergabe an Unternehmen ein.
- Die jüngsten, massiven Leitzinssenkungen in den USA ließen den Euro wieder steigen – und damit auch den Wettbewerbsdruck auf die europäische Industrie.

► Schließlich traf die US-Krise auch die Schwellenländer, die nun weniger aus Europa importieren. Trotz allem stehe die EU als Ganzes wesentlich besser da als die USA, denn die hiesige Wirtschaft müsse weder die Folgen einer Überhitzung verarbeiten, noch gebe es in Europa als Ganzem vergleichbare ökonomische Ungleichgewichte. „Wirtschaftspolitiker auf europäischer und nationaler Ebene haben das Wissen, die Werkzeuge und den politischen Spielraum, den europäischen Konjunkturtrend umzukehren.“ Um die Ökonomie kurz- und mittelfristig zu stabilisieren, rät Watt zu einer expansiven Geld- und Fiskal-, einer „anti-de-

Was Europas Realwirtschaft bremst



flationären“ Lohnpolitik und gegebenenfalls einzelnen nationalen Ad-hoc-Maßnahmen, um negative „Rückkopplungsschleifen“ zu vermeiden – zum Beispiel wenn eine Bank oder ein anderes wichtiges Unternehmen in Liquiditätsschwierigkeiten gerät. Allerdings: „Die Krise wird sich nicht von selbst lösen und in den Portfolios der Finanzinstitute ticken noch einige Zeitbomben“, warnt der Wissenschaftler. Die entscheidende Frage ist laut Watt, ob die Politik die vorhandenen Werkzeuge auch einsetzt, was mit Blick auf die finanzpolitische Diskussion in Deutschland zweifelhaft sei. Grundsätzlich seien wir jedoch „nicht dazu verdammt, jede historische Tragödie zu wiederholen“ – und könnten ein verlorenes Jahrzehnt, wie Japan es in den 90er-Jahren erlebte, oder gar einen Zusammenbruch wie in der Weltwirtschaftskrise vermeiden. Dies erfordere aber rasches Handeln. ▶

* Quelle: Andrew Watt: The economic and financial crisis in Europe: addressing the causes and the repercussions, European Economic and Employment Policy Brief, No. 3, 2008

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211/7778-0

Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)

Chefredaktion: Karin Rahn; Redaktion: Rainer Jung, Annegret

Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter

E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 0211/7778-286,

Fax 0211/7778-207; Druck und Versand: Setzkasten GmbH,

Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 67528

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Krise bringt Kurzarbeit

Die Arbeitsagenturen registrierten Anträge auf Kurzarbeit*

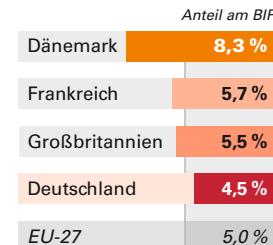


* ohne saisonal bedingte Kurzarbeit in Bau und Landwirtschaft
Bundesarbeitsagentur, Januar 2009

BILDUNG

Deutschland spart an der Bildung

Die öffentlichen Bildungsausgaben entsprachen 2005 in ...

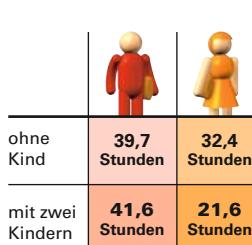


Eurostat, Dezember 2008

GENDER

Traditionelle Rollenverteilung hält sich

Pro Woche erwerbstätig sind Frauen/Männer durchschnittlich ...

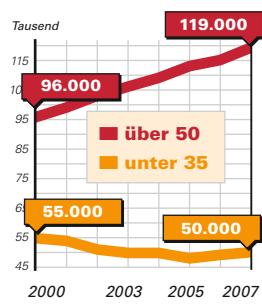


Institut Arbeit und Qualifikation, Dezember 2008

GESUNDHEIT

Ärzteschaft überaltert

Aktive Ärztinnen und Ärzte in Deutschland waren ...



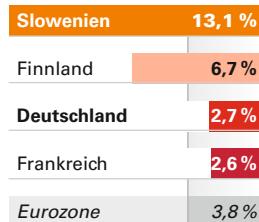
Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Dezember 2008

© Hans-Böckler-Stiftung 2009

EINKOMMEN

Geringes Lohnplus in Deutschland

Anstieg der Bruttolöhne im dritten Quartal 2008*



* gegenüber dem Vorjahresquartal
Eurostat, Dezember 2008

OST-WEST

Ostdeutschland: Weniger Schüler, mehr Geld pro Kopf

Je Schüler gab der Staat aus ...



Statistisches Bundesamt 2008

MITBESTIMMUNG

Ein Euro-Betriebsrat für 760 Beschäftigte

In 820 europäischen Konzernen vertreten ...

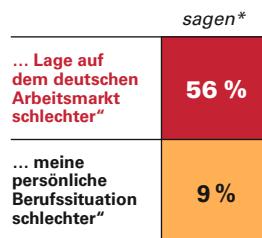


EU-Kommission, Dezember 2008

ZUFRIEDENHEIT

Nur der eigene Job scheint sicher

„In den kommenden 12 Monaten wird die ...



*Befragung im Oktober/November 2008
Eurobarometer 70, Dezember 2008

► **EINKOMMEN:** Die tariflichen Grundvergütungen sind 2008 im Durchschnitt um 2,9 Prozent gestiegen. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen ergibt sich daraus „ein kleines Reallohnplus von 0,3 Prozent“. Das zeigen Berechnungen des WSI-Tarifarchivs. Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 4,4 Prozent bei Gebietskörperschaften und Sozial-

versicherung aus. Unter durchschnittlich war die Steigerung bei Banken und Versicherungen mit 2,7 Prozent sowie im Investitionsgütergewerbe mit 2,6 Prozent. Am niedrigsten fiel der Zuwachs im Handel mit 1,9 Prozent aus. Finanzkrise und Rezession dürften sich dem WSI zufolge dämpfend auf kommende Abschlüsse auswirken.

WSI-Tarifarchiv, Januar 2008

► **ARBEITSMARKT:** Arbeitgeber haben in Boomphasen mehr Vorbehalte gegenüber erwerbslosen Bewerbern als in Krisenzeiten. Denn bei Hochkonjunktur unterstellen sie einem arbeitslosen Bewerber häufiger eine geringere Leistungsfähigkeit, während sie Arbeitslosigkeit im Abschwung stärker auf die gesamtwirtschaftliche Lage zurückführen. Das zeigt eine Stu-

die des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Arbeitgeber orientieren sich dabei meist nur an der aktuellen Wirtschaftslage: Im Aufschwung stellt die Arbeitslosigkeit von Bewerbern laut ZEW auch dann ein Handicap dar, wenn diese ihre letzte Stelle in einer Abschwungsphase verloren haben.

ZEW, Dezember 2008